

Alte und neue Beamtenbewegung

Über dieses Thema hat im österreichischen „Bund“, dem offiziellen Organ des Bundes der öffentlichen Angestellten Österreichs, Kollege Viktor Schidl, ehemaliger Hauptmann der k.k. Armee, einen interessanten Aufsatz geschrieben, der auch auf unsere Verhältnisse ausgezeichnet passt, da ja kein Tag vergeht, ohne dass irgendwo im Schweizerlande vom „roten“ Föderativverbänd, von den „roten“ Gewerkschaftssekretären ein Spruch zu lesen ist, der der Bevölkerung, aber auch einem Teil der Mitgliedschaft der Personalorganisation das Gruseln beibringen soll. Redakteur Schidl schreibt:

„Wir stehen inmitten eines bedeutsamen Umwandlungsprozesses des gesamten Beamtentums. Immer schärfer wirken die sozialen und wirtschaftlichen Kräfte auf das Wesen dieses Beamtentums Die freien Gewerkschaften werden zu Trägern des Gedankens einer Entwicklung des Beamtentums im Sinne einer Anpassung an diese neue Zeit. Die alten Organisationen sind die strengen Hüter historischer Überlieferungen.

Weit mehr als die Hälfte der Bundesangestellten bekennt sich heute zu den Grundsätzen der freien Gewerkschaften. Die Mehrheit der Beamten der Hoheitsverwaltung vertritt jedoch noch immer die konservativen Grundsätze der alten Beamtenbewegung. Freilich stehen viele nur noch deshalb im alten Lager, weil sie durch falsche Vorstellungen über das Wesen der freigewerkschaftlichen Bewegung irreführt sind. Sie glauben noch immer, das Wesen des freigewerkschaftlichen Gedankens auszuschöpfen, wenn sie die freien Gewerkschaften als sozialdemokratische Organisationen etikettieren.

Es wäre sehr verlockend, an konkreten Beispielen nachzuweisen, dass diese Etikettierung nicht immer und überall der angstvollen Sorge um die wahre parteipolitische Neutralität entspringt. Die Erfahrung zeigt, dass am meisten diejenigen mit diesem Schlagwort arbeiten, die - Schleppträger einer politischen Partei - furchtbar erbost sind, dass die freien Gewerkschaften für ihre politischen Geschäfte nicht missbraucht werden können.

Die Gewerkschaften verfolgen als ihr Ziel die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage ihrer Mitglieder. Die Führung des politischen Kampfes um politische Freiheit und Einfluss im Staatsleben wird der politischen Partei überlassen. Ausdrücklich und mit aller Entschiedenheit wird abgelehnt, dass freie Gewerkschaften in den Dienst einer politischen Partei treten oder ihre Tätigkeit von einer politischen Partei abhängig machen.

Dass den Gewerkschaften Parteien, die sich zu ihren Forderungen bekennen und diese vertreten, näherstehen als andere, die sich gegen die Forderungen der Gewerkschaften stellen, wird keinen vernünftigen Menschen wundernehmen.

Die Funktionen der freien Gewerkschaften und der politischen Parteien sind somit grundverschieden. Wenn man daher die freien Gewerkschaften als „politische“ (sozialdemokratische Parteiorganisationen) bezeichnet, hat man das Wesen der freien Gewerkschaften gründlich missverstanden.

Worin unterscheidet sich nun eine freie Gewerkschaft von einer sogenannten politisch neutralen Standesorganisation?

Das Charakteristische der freien Gewerkschaft ist ihre Richtung, die durch den Fundamentalgrundsatz: Solidarität aller Lohnempfänger! bestimmt ist.

Für die Beamtenbewegung bedeutet das Bekenntnis zu diesem Fundamentalsatz eine neue Richtung, ein Brechen mit alteingelebten Vorstellungen, eine Revolution. Wie, ein öffentlicher Angestellter soll in einer Front mit anderen Lohnempfängern stehen? Er soll mit Arbeitern, mit Privatangestellten irgendwelche gemeinsamen Interessen haben?

Die moderne Beamtenbewegung beantwortet diese Frage des Hochmutes und der Angst mit einem entschiedenen Ja! Darum ist die moderne Gewerkschaft der öffentlichen Abgestellten eine freie: frei von Standesvorurteilen, frei von Dünkel, frei von dem Entsetzen, dass Gehalt und Lohn gleicherweise Entschädigung für geleistete Arbeit sind.

Die freie Gewerkschaft überlässt es dem einzelnen, nach seiner Fassung politisch selig zu werden. Sie überlässt die Austragung der politischen Tageskämpfe den politischen Parteien. Sie kennt keine Parteipolitik. Sie vertritt allerdings im Lohnkampf einen Gedanken, der ihrer Lohnpolitik Ziel und Richtung gibt: Ihre Lohnpolitik basiert auf der Annahme des Gegensatzes von Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Sie lehnt Parteipolitik ab, allerdings ohne zu verkennen, dass eine Standesvertretung auch wirtschaftspolitisch auf Grundsätzen aufgebaut sein muss. Ihre Wirtschaftspolitik erhält Ziel und Richtung durch die Erkenntnis des Gegensatzes der wirtschaftlichen Interessen der Händler und Erzeuger einerseits und der wirtschaftlichen Interessen der Verbraucher andererseits. Durch die Erkenntnis der Eigenart der Ware „Arbeitskraft“. Durch die Erkenntnis, dass die Gemeinwirtschaft, die

lediglich der Bedarfsdeckung dient, eine höhere Form darstellt wie die kapitalistische Wirtschaftsordnung, wo Erzeugung und Handel nur auf Plusmacherei und Ausbeutung jener abzielen, die keine andere Ware zum Tausche bringen können als ihre geistige und physische Arbeitskraft.

Aus diesen lohn- und wirtschaftspolitischen Elementen baut die freie Gewerkschaft eine ganz neue Interessengemeinschaft auf. Die Solidarität aller Lohnempfänger!

In diesem höheren Sinne sind die freien Gewerkschaften „politisch“ - allerdings nicht parteipolitisch! -, weil eine sozial- und wirtschaftspolitische Neutralität gleichbedeutend mit einer Preisgabe der allerwichtigsten Interessen der öffentlichen Angestellten wäre.

Wir waren allzulange nur Kanzlei-, Fach-, Rechnungsbeamte, kategorisierte und nicht kategorisierte Beamte. Wir müssen wieder Bundesangestellte und öffentliche Angestellte werden, denen man es anmerkt, dass für sie der Grundsatz „Solidarität aller Lohnempfänger“ kein leeres Schlagwort in ihrem Mitgliedsbuch ist. Wir müssen uns wieder als Vorkämpfer für die neue Beamtenbewegung fühlen und betätigen. Noch schärfer als bisher müssen wir die Grundsätze der freigewerkschaftlichen Beamtenbewegung, die auch in der internationalen Beamtenbewegung immer entschiedeneren Ausdruck finden, herausarbeiten und agitatorisch zur Auswirkung bringen, um den notwendigen Entwicklungsprozess zu besseren Methoden unserer Interessenvertretung zu beschleunigen.

Nur dadurch, dass wir auch in der Hoheitsverwaltung den freigewerkschaftlichen Gedanken zum Durchbruch bringen, werden wir vollwertige Mitkämpfer unserer freigewerkschaftlich organisierten Kollegen in den Betrieben und damit wirkliche beamtenpolitische Erfolge erringen.

Wie plump, wie bequem und - seicht ist es, den ganzen Unterschied zwischen alter und neuer Beamtenbewegung mit dem übrigens grundfalschen Schlagwort abtun zu wollen: Die Vertreter der konservativen Richtung sind parteipolitisch neutral, die der freigewerkschaftlichen Richtung - sozialdemokratisch.

Man achtet alte Waffen, die sicherlich Museumswert haben. Kämpfen wird man aber mit Waffen aus der Steinzeit sicherlich nicht, wenn man einen Gegner besiegen will, der einem mit modernem Geschütz ausgestattet entgegentritt. Man achtet Traditionen. Wer aber vorwärtskommen will, muss den Ideen und Strömungen der Gegenwart Rechnung tragen. Wer rastet, rostet! Entwicklung ist alles!»

Der öffentliche Dienst, 28.1.1927